

**Elviera Thiedemann: Es kam ein langer lichter Herbst. Tagebuch der Wendezeit 1989/90, trafo-Verlag dr. wolfgang weist Berlin 1999, 190 S. (29,80 DM)**

Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist nicht allein Sache der Historiker oder eigens dazu berufener Kommissionen. Auch Menschen anderer Profession tragen mitunter Wertvolles dazu bei, indem sie ganz subjektiv, ohne Anspruch auf Allgemeingültigkeit und wissenschaftliche Objektivität, über ihr in der DDR gelebtes Leben berichten. Hauptsache, ihr Rückblick ist wahr und unverfälscht – und sie verstehen zu schreiben! Beides trifft auf das Buch von Elviera Thiedemann zu und macht es zu einer interessanten Lektüre. Der Form nach handelt es sich bei diesem Text um ein Tagebuch, einen Zeitzeugenbericht. Er wurde geschrieben, um »mit dem gewaltigen gesellschaftlichen Umbruch fertig zu werden, also nicht mit dem Gedanken an eine spätere Veröffentlichung« (S. 12). Was den Reiz dieser sehr persönlich gehaltenen Aufzeichnungen ausmacht, ist ihre besondere Perspektive, denn die Autorin kommt aus der »erzgebirgischen Provinz«. Und dort, im »Tal der Ahnungslosen«, weit ab von den Zentren der »friedlichen Revolution«, erlebte sie auch – ähnlich wie 200 Jahre zuvor Jean Paul im Fichtelgebirge – den Zusammenbruch der bisherigen Ordnung und das Ende der DDR. Sie berichtet darüber, indem sie beschreibt, wie sich ihr Leben in den Monaten zwischen August 1989 und Dezember 1990 veränderte. Auf diese Weise entsteht ein, in seiner Detailtreue und Authentizität, beindruckendes Bild des historischen Umbruchs – freilich ein sehr persönliches und subjektives Bild, nicht frei von Naivität, aber ein erlebtes und nicht im nachhinein konstruiertes. Dies, vor allem anderen, macht das Buch, lesenswert.

Der Ort des Geschehens ist klein, überschaubar und von der medialen Außenwelt so gut wie abgeschnitten. »Es sprach sich nicht allzuviel herum, Westfernsehen war nicht zu empfangen und die Stasi spielte im täglichen Leben ... keine wesentliche Rolle« (S. 11). Jeder kannte jeden und für das Zusammen-

leben gab es feste Regeln. Die Autorin wirkte hier als Schuldirektorin. Das heißt in heutiger Lesart, sie gehörte der örtlichen Funktionselite an. Im Rückblick sieht sie sich aber vor allem »dienend«, und zwar im doppelten Sinne: »im eigenen Bewußtsein einer großen Idee, im Bewußtsein anderer der Macht« (S. 11). Diese Ambivalenz bestimmt dann auch ihre Rezeption der »Wende«, die für sie Befreiung und Ruin zugleich bedeutete, Gewinn und Verlust, Ende und Anfang. Ihr Tagebuch zeugt davon. Bedingt durch den Beruf der Autorin, vermittelt das Buch auch so manchen Einblick in den Schulalltag der DDR. Szenen täglicher Routine, Probleme und Konflikte, ihre Bewältigung ebenso wie ihre Verdrängung, werden dem Leser nahe gebracht. Gerade die von der Autorin in schlichter Erzählweise wiedergegebenen kleinen Begebenheiten des Schulalltags, die mitunter grotesk anmutenden Situationen und Lächerlichkeiten, geben einen tiefen Einblick in das Leben, so wie es war, mit allen seinen Hoffnungen und Illusionen, Schönheiten und Befriedigungen, aber eben auch Ängsten und Verzweigungen. Der nach der Wende mächtig in die Kritik geratene Bereich der »Volksbildung« wird uns hier aus Insider-Sicht nahe gebracht, im Grunde genommen positiv bewertet, aber keinesfalls unkritisch. Auch räumt die Autorin mit dem Vorurteil auf, alle schulischen Angelegenheiten seien durch die SED bestimmt gewesen und es hätte keine Freiräume gegeben. Diese gab es sehr wohl, aber sie wurden eben sehr verschieden genutzt! Man muß ihr wohl zustimmen in dieser Frage, wenn auch nicht im Ganzen, was die Bewertung des DDR-Schulsystems anbetrifft. Als »bittere Erkenntnis« formuliert die Autorin heute: »Absolute Linientreue über viele Jahre war gleichbedeutend mit der Verschüttung des gesunden Menschenverstandes. Denn es gab andere, die für uns dachten« (S. 39).

Eine dritte Säule des Buches stellt der Bericht aus dem Privatleben dar, die Schilderung der Ehe, die Beschreibung der Sorgen um die Kinder, die Fragmente einer Liebesbeziehung, wodurch die Ehe auf die Zerreißprobe gestellt wurde u.a.m. Diese sehr private, intime Dimension des Buches erhöht seinen Wert als persönliches Dokument ganz außerordentlich. Die Ehrlichkeit und Bedingungslosigkeit des

Ganzen wird dadurch noch unterstrichen, ebenso wie der Tagebuchcharakter der Publikation, denn der historische Umbruch wird letztlich privat erlebt, gebrochen durch das persönliche Schicksal eines jeden einzelnen.

Fritz Vilmar betont im Vorwort, daß das Zusammenwachsen der Deutschen in Ost und West erst dann gelingen werde, wenn die Westdeutschen das »schwierige Leben und Wirken« der Menschen in der DDR und deren Erfahrungen mit der »Wende« wirklich »ernst nehmen« (S. 8).

SIGRID BUSCH, ULRICH BUSCH

Jürgen Herres:  
1848/49. Revolution in Köln,  
Janus Verlagsgesellschaft Köln  
1998, 127 S. (19,80 DM)

Die rheinische Metropole, 1848/49 dank dem Wirken einer starken, sowohl liberalen als auch demokratischen Strömung fraglos das Zentrum der Revolutionsbewegung in Rheinpreußen mit beachtlichen nationalen Ausstrahlungen, hat die historische Forschung schon seit längerem zwar zu recht zahlreichen und umfangreichen Spezialuntersuchungen und Quellendokumentationen angeregt; doch ist bislang noch keine Gesamtdarstellung der Revolution in Köln zustande gekommen. Jürgen Herres, ausgewiesen durch eine fundierte Monographie über den politischen Katholizismus im Rheinland zwischen 1840 und 1860/70<sup>1</sup> sowie durch mehrere bemerkenswerte sozial-, stadt- und vereinsgeschichtliche Studien zur rheinischen Geschichte im Vormärz und in der 1848er Revolution<sup>2</sup>, sucht dem mit der vorliegenden Schrift etwas beizukommen.

Den Anspruch einer ausführlichen und umfassenden »akademischen« Gesamtgeschichte Kölns im Revolutionsjahr will und kann das für einen breiteren, nicht nur an Lokalgeschichte interessierten Leserkreis gedachte Büchlein mit seinen knapp 130 Seiten sicher nicht erheben. Aber was auf diesen Seiten an Kölner Revolutionsgeschichte, »auf wesentliche Episoden« (S. 12) konzentriert, dargeboten wird, ist gleichwohl weit mehr als nur ein dürrer kurzgefaßter Abriß dessen, was zumindest dem Spezialisten schon bekannt war. Es

wird, das sei vorweg gesagt, Neues geboten. Denn der Autor hat nicht nur die vorliegende Literatur gründlich verarbeitet, sondern auch neue, bislang wenig benutzte Quellen erschlossen, darunter neben Regierungsakten viele zeitgenössische Zeitungsberichte, die manch neue Aspekte des Revolutionsgeschehens zur Kenntnis bringen. Vermittelt wird ein anschauliches Bild der Geschichte Kölns in einer Aufbruchzeit, von einer »Stadt voller Lebenslust und voll intellektueller Spannung« (S. 12), ein Bild, in dem der Leser vieles findet, was ihm bisherige Darstellungen nicht bieten konnten.

Dem Buch kommt unbestreitbar das Verdienst zu, den Blick auf das Kölner Jahr 1848/49 beträchtlich zu weiten. Gewiß behalten die agierenden Hauptkräfte, Liberalismus und Demokratismus, den ihnen gebührenden vorderen Platz. Auch wird das demokratische Engagement des äußersten linken Flügels der rheinischen Demokratie, der »Neuen Rheinischen Zeitung« unter Marx' und Engels' Ägide, dem in der sowjetischen und DDR-Forschung die nahezu alleinige Aufmerksamkeit galt, nachgezeichnet. Allerdings bleiben dessen Bemühungen um die proletarische Emanzipation und Parteibildung, die nicht erst im Frühjahr 1849 einsetzten, ganz auf der Strecke, was zumindest für 1849 doch ein etwas schiefes Bild ergibt und sicher auch mit dazu führte, daß die französischen Einflüsse auf Köln kaum Beachtung finden.

Stärker als in früheren Veröffentlichungen aber werden über die demokratisch-soziale Aktion vom 3. März 1848, die den Auftakt der revolutionären Bewegungen in Preußen bildete, hinaus – die sozialen Proteste der mittelständischen wie der von Massenarbeitslosigkeit gepeinigten plebejisch-proletarischen Schichten herausgearbeitet. Genauer in den Gesamtprozeß der städtischen wie regionalen Revolutionsentwicklung eingeordnet erscheinen die beiden großen Kölner Abwehrkämpfe gegen die vorrückende Konterrevolution in der Septemberkrise 1848 und während des Konflikts zwischen Staatsstreichregierung und Konstituierender Versammlung in Preußen im November dieses Jahres, in dessen Verlauf die Kölner linken Demokraten als Initiatoren des Steuerverweigerungskonzepts und mit den Versuchen, den passiven in aktiven

Widerstand überzuleiten, eine besondere Rolle spielten.

Gänzlich neu sind die Abschnitte über die katholischen Vereinsbewegungen und politischen Bestrebungen im Revolutionsjahr, die nicht nur in der marxistischen Literatur weitgehend der Vergessenheit anheim gefallen waren. Dadurch entsteht aber eine auch politisch wesentlich differenziertere Sicht auf die Kräftekonstellationen in der Stadt. Wesentlich bereichert und vertieft wird das Bild darüber hinaus durch die umfangreichen Passagen über die »Neue politische Kultur«, die ebenso Auskunft geben über die Wandlungen und neuen Züge des Alltagslebens wie über die Etablierung einer politischen Öffentlichkeit, eingeschlossen das städtische Pressewesen, das neben den beiden Zeitungen von nationaler Dimension, der »Kölnischen Zeitung« und der »Neuen Rheinischen Zeitung«, rund ein Dutzend weitere, zum Teil bisher nicht bekannte lokale Blätter umfaßte. Besonders zu erwähnen ist nicht zuletzt die relativ ausführliche Behandlung der frauenemanzipatorischen Bestrebungen und dabei nicht zuletzt der Rolle wie der Leistungen Mathilde Annekes.

Die flüssig, interessant, teilweise spannend geschriebene Darstellung läßt die historische Narration voll zu ihrem Recht und zeitgenössische Quellen häufig direkt zu Wort kommen, bringt wichtige Details immer wieder ins Spiel, verzichtet gleichwohl nicht auf theoretische Verallgemeinerung und sucht stets den Blick aufs Ganze des Revolutionsablaufs und auf die nationalen Zusammenhänge zu schärfen. Was letzteres betrifft, so könnte man sich freilich eine noch stärkere Herausstellung des Gewichts der Kölner Vorgänge für den Gang der deutschen Revolution vorstellen. Die richtige Feststellung: »Die Stadt Köln und überhaupt das preußische Rheinland ›nationalisierte‹ sich im Verlauf der Revolution. ... Aus der unruhigen Westprovinz Preußens wurde eine spezifisch deutsche Region« (S. 31) ließe sich bei Betonung der Rolle Kölns für gesamtdeutsche Vorgänge auf den verschiedenen Ebenen sicher nicht nur am zu Recht ausführlich abgehandelten Dombauefest überzeugend nachweisen.

Sich von herkömmlichen Anklagen sowohl gegen den bürgerlichen Liberalismus als auch gegen den politischen Radikalismus deutlich

distanzierend, rückt der Autor die Volksbewegungen als Ausgangsgröße politischer Entfaltungsmöglichkeiten im Revolutionsjahr deutlich in den Vordergrund: »Die Volksbewegungen hatten der Revolution Schubkraft und Dynamik gegeben.« (S. 105). Und er mißt das Verhalten von Liberalen und Demokraten daran, ob und wie sie den damit entstehenden Erwartungen gerecht wurden. Den rheinischen Liberalen gesteht er zu, über ein realistisches politisches Konzept verfügt zu haben, das zu realisieren sie aber, weil nur auf Machtteilhabe aus, durch Mißachtung der Erwartungen von großen Teilen der Bevölkerung nicht bereit waren, während den Demokraten, die anders als die Liberalen v.a. seit Herbst 1838 die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich gehabt hätten, ein realistisches Konzept des politischen Wandels abgesprochen wird. Als ein Grundproblem der Kölner Revolution erscheint in seiner Sicht der Umstand, daß im Prozeß der normalen politischen Differenzierung die Demokraten zwar von den Liberalen die Rolle als Verfechter der politisierten Öffentlichkeit, d.h. wohl als vorwärtsdrängendes Element im Revolutionsgeschehen übernahmen, aber erst in einem Moment die Mehrheit der Bevölkerung für ihre Ziele mobilisieren konnten, als die Revolution sich schon im Niedergang befand und die Konterrevolution das Gesetz des Handelns übernommen hatte und sich mit Gewalt durchzusetzen verstand. »Daß die Liberalen nicht willens und die Demokraten nicht in der Lage waren, die daraus (aus den Volksbewegungen) resultierende Erwartungshaltung in politischen Fragen aufzugreifen, kann durchaus als tragisch bezeichnet werden.« (S. 105)

Diese offenbar nicht allein für Köln gedachte Sicht auf die 1848er Revolution mag in manchen Punkten gewiß diskussionsbedürftig sein. Den Demokraten rundweg ein realistisches Programm abzuspochen, dürfte sich als problematisch erweisen, sofern als realistisch nicht nur das gekennzeichnet werden soll, was sich im jeweiligen Moment historisch unmittelbar durchgesetzt hat. Der neuerliche Diskurs hat immerhin darauf aufmerksam gemacht, daß die Demokraten im Unterschied zu den Liberalen für ein demokratisches Repräsentativsystem eintraten, in dem das Parlament und nicht der Monarch die Vormachtstellung

einnehmen sollte. Wenn dies angesichts des Kräfteverhältnisses nicht »realistisch« war, so war es das Konzept der Liberalen, wie sich zeigte, ebenso wenig, da man nicht bereit war, wenigstens den Versuch zu unternehmen, die alten Gewalten gestützt auf die Volksbewegungen auch zur Anerkennung eines bürgerlich-parlamentarischen Systems zu zwingen. Gleichwohl bleibt die keineswegs überall anzutreffende Erkenntnis festzuhalten, daß die Volksbewegungen die eigentliche Basis der Revolution bildeten, den Beziehungen zwischen Volksbewegung und politischen Führungskräften eine Schlüsselrolle für das Schicksal der Revolution zukam und die ungenügende Beachtung, wenn nicht Mißachtung der sozialen Interessen der Massen durch die politischen Eliten namentlich liberaler Couleur zu den wesentlichen Ursachen für das Scheitern der Revolution zu zählen sind.

Ein Vorzug der Darstellung besteht darin, daß eine Vielzahl von politischen Akteuren in Erscheinung tritt. Das verleiht Lebendigkeit und Anschaulichkeit. Bedauerlich ist nur, daß außer Robert Blum keiner, und sei es noch so knapp, auch biographisch vorgestellt wird. Lediglich am Schluß erfährt der Leser etwas über den Lebensweg einiger der prominenten Revolutionsteilnehmer nach 1849. Schwierigkeiten hat man mit dem, auch in anderen Veröffentlichungen wiederholt benutzten Begriff »liberal-demokratisch«, zumal nirgends erläutert wird, was darunter zu verstehen ist. Auch ist wohl nicht akzeptierbar, Preußen vor 1848 schlechtweg als absolutistischen Staat zu charakterisieren. Überholt ist schließlich sicher die Meinung, daß Friedrich Wilhelm IV lange Zeit in Apathie verharrte und erst im Spätsommer sich zu aktiver Reaktionspolitik aufraffte. Und jüngst in Frage gestellt wurde auch die von Jonathan Sperber übernommene Auffassung, daß es nur preußische Regimente ostelbischer Herkunft waren, die die rheinische Revolutionsbewegung niederwarfen. Wie denn nicht ganz in Vergessenheit geraten sollte, daß das ostelbische Preußen, von Sachsen gar nicht zu reden, 1848/49 selbst ein gerüttelt Maß revolutionärer Energie in die Waagschale zu werfen hatte.

Wer nicht nur einen Überblick über die Kölner Revolutionsgeschichte erhalten, sondern sich zugleich mit dem neuesten Stand

der historischen Forschung auf diesem Felde bekannt machen will, wird mit Gewinn zu diesem Buch greifen. Hinweise für weiterführende Literatur, in die – was heute in der gegenwärtigen bundesdeutschen Historiographie nicht mehr bzw. noch nicht wieder selbstverständlich geworden ist – die wesentlichen DDR-Arbeiten aufgenommen sind, erhöhen den Wert der Publikation, der freilich auch ein Personenregister gut zu Gesicht gestanden hätte.

WALTER SCHMIDT

- 1 Jürgen Herres: Städtische Gesellschaft und katholische Vereine im Rheinland 1840-1860/70, Essen 1996.
- 2 Erwähnt sei: Das preußische Koblenz 1814-1914, in: Geschichte der Stadt Koblenz, Bd. 2, Stuttgart 1993, S. 48-118; Das Karl-Marx-Haus in Trier 1727 bis heute. Bürgerliches Wohnhaus Politisches Symbol Historisches Museum, Trier 1993; Vereinsbildung als Gesellschaftsform. Die Anfänge politischer Parteien in Trier 1838-1851, in: »Der schlimmste Punkt in der Provinz«. Demokratische Revolution 1848/49 in Trier und Umgebung. Katalog-Handbuch, hg. von Elisabeth Dühr, Trier 1998, S.459-501; Das preußische Rheinland in der Revolution von 1848/49, in: Revolution im Rheinland. Veränderungen der politischen Kultur 1848/49, hg. von Stephan Lennartz und Georg Mölich, Bielefeld 1998, S. 13-36;

**Anneliese Braun:**  
**Arbeit ohne Emanzipation und**  
**Emanzipation ohne Arbeit?**  
**Schriftenreihe, hrsg.**  
**von Hanna Behrend, Band 8,**  
**Trafo verlag dr. wolfgang weist**  
**Berlin 1998, 186 S. (29,80 DM)**

Wer mit der Utopie einer Gesellschaft freier Individuen im Kopfe Ansätze für hier und heute realisierbaren Beginn tiefgreifender gesellschaftlicher Wandlungen organisieren will und dafür kritisch im »Klassiker-Nachlaß« nach Anregungen sucht, wird Anneliese Brauns Schrift begrüßen und genießen. Dieses Erbe ist wesentlich Auseinandersetzung mit einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die Menschen ausgrenzt und deformiert. Braun greift auf Engels zurück, der in seiner Kritik an Dühring formulierte: »Die Gesellschaft kann sich selbstredend nicht befreien, ohne daß jeder einzelne befreit wird. ... namentlich (muß) die alte Teilung der Arbeit verschwinden. An ihre Stelle muß eine Organisation der Produktion treten, in der einerseits kein einzelner seinen Anteil an der produktiven Arbeit

... auf andere abwälzen kann; in der andererseits die produktive Arbeit ... Mittel der Befreiung der Menschen wird, indem sie jedem einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche wie geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden und zu betätigen, und in der sie so aus einer Last eine Lust wird« (MEW, Bd. 20, S. 273-274).

Eine Konsequenz ist, die Bereiche Produktion und Reproduktion zusammen zu denken und die »Reproduktion des Lebens in seiner Gesamtheit« zur obersten Priorität des Wirtschaftens und der Gesellschaftspolitik zu machen. Diesen Zugang entwickelt A. Braun nicht allein theoriengeschichtlich. Ihr Ausgangspunkt sind die menschheitlichen Existenzfragen. »Genauso wie die ökologischen Krisen nicht losgelöst von den sozialen Krisen sich entfalten und beeinflusst werden können, ist auch die Krise der Erwerbsarbeit nicht isoliert von den ökologischen und anderen Krisen lösbar« (S.10). Die Zukunft der Existenzsicherung müsse immer mehr jenseits der Erwerbsarbeit gesucht werden. »Erhaltung von Lebensgrundlagen und Emanzipation erscheinen aus dieser Sicht als zwei Seiten derselben Medaille« (S. 10). Sie seien nur realisierbar, gelänge es, »Arbeit anders und neu zu bestimmen« (S. 11). »Arbeit im umfassenden Sinne« könnte als »zweckgerichtete, abhängig und arbeitsteilig organisierte Verausgabung menschlicher Arbeitskraft bezeichnet werden, die im Zusammenwirken mit der Natur und mit von den Menschen geschaffenen Produktionsmitteln Gebrauchswerte hervorbringt, die in der Form von materiellen Gebrauchswerten, persönlichen Diensten und der Erhaltung der Gattung selbst der Reproduktion des Lebens im weitesten Sinne dienen« (S. 27).

Braun entwickelt weiter: »Der Beitrag zur Reproduktion des Lebens würde sich in der »Reproduktionszeit« ausdrücken, die sich aus »notwendiger Reproduktionszeit« und »freier Zeit für alle« zusammensetzt« (S. 86). Erstens gehe es um »eine Erweiterung der notwendigen Tätigkeit« um die Reproduktionsarbeit – insbesondere die unbezahlte (Frauen)Arbeit in der Familie – und die Arbeiten zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, zweitens um die Umgestaltung des Zwecks und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung als

»Grundlage für die warenförmige Produktion von Mitteln zum Leben« (S. 86). »Freie Zeit für alle« wäre die Zeit, die verbleibt nach der Verrichtung notwendiger Reproduktion. An dieser »notwendigen Reproduktionszeit«, in der das unmittelbare Leben reproduziert und die notwendigen Mittel zum Leben produziert würden, müßten sich alle Gesellschaftsmitglieder beteiligen. »Auf diese Weise würde jede/r ihren/seinen Anteil an der Schaffung von Lebenszeit leisten. Dabei entscheidet nicht, wieviel Zeit jede/r aufwendet, sondern was sie/er in dieser Zeit hervorbringt, also der Gebrauchswert der geschaffenen »Lebenszeit« (S. 87).

»Lebenszeit« wird nach Braun durch die »unmittelbare Reproduktion des Lebens« geschaffen, erhalten und gestaltet (S. 166). Sie definiert ein anderes Wertgesetz. Danach gelte: »Auszutauschen wäre ... eine Stunde geschaffener Lebenszeit gegen eine andere Stunde geschaffener Lebenszeit, die mit einer abgestimmten Kombination von Reproduktions- und Produktionszeit hervorgebracht wurde. ... Die Arbeitsbewertung im »Reich der Notwendigkeit« bleibt erhalten. Es verändert sich aber die Grundlage der Bewertung. Die geschaffene Lebenszeit würde zum gebrauchswertorientierten Bewertungskriterium« (S. 87). Das »Reich der Notwendigkeit« würde somit »neu definiert, ... anders organisiert und strukturiert; im Verhältnis zur »freien Zeit für alle« minimiert, aber bezogen auf die Schaffung von Lebenszeit maximiert« (S. 87). Der Arbeitsbegriff wäre somit ein anderer, durch die Veränderung und Vereinigung von Produktion und Reproduktion würde geschlechtshierarchische Arbeitsteilung aufgebrochen.

Damit geht Braun über eine feministische Marx-Kritik hinaus, die zwar gesellschaftliche Anerkennung für unbezahlte Reproduktions-, meist Familienarbeit, und einen anderen Arbeitsbegriff fordert, aber gesellschaftliche Arbeitsteilung, Produktion und Reproduktion, menschliche Emanzipation und Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen nicht zusammen bringt. »Eine Umorientierung auf die notwendige Reproduktionszeit schlösse die Umverteilung der Arbeit unter den Klassen, Schichten und Geschlechtern ein« (S. 87). Zugleich ist nach einer Position zu prinzipieller



Freiwilligkeit oder Pflicht zur Arbeit gefragt (S. 156, 160), aber das Problem bleibt leider marginal. Doch trotz des hier in die ferne Zukunft gerichteten Blicks ist es aktuell, ebenso, ob es gelingt, ausgehend von sich entwickelnden neuen Arbeitsformen »Schritte hin zu nichtpatriarchalen und nichtkapitalistischen Alternativen zu gehen. Aus Sicht der Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit lassen sich ... Kriterien ableiten, auf denen Arbeit dann beruhen müßte.« (S. 110) Das sind nach Braun acht Ziele: »Schaffung von Lebenszeit«, Hinwendung »zu nichtprofitorientierten und damit letztendlich nichtmarktwirtschaftlichen reziproken Verhältnissen«, »die Herausbildung nichtpatriarchaler Beziehungen«, »die Aufhebung der tradierten Arbeitsteilung«, »die Entstehung freiheitlicher Spielräume für alle«, »die Bindung der Lebenstätigkeiten stärker an die Nutzung regionaler Ressourcen«, »die Herstellung regionaler Kreisläufe« und »die Stärkung und weitere Entfaltung zivilgesellschaftlicher Verhältnisse« (S. 110-111). Die Begründung überzeugt, weniger hingegen die Hierarchie: Die Rang- und Reihenfolge genannter Ziele könnte eine andere sein. Sie ist auch nicht wichtig, sollen Prozesse ihrer Realisierung befördert werden. Wie kompliziert das ist, zeigt die Arbeitszeitdebatte (S. 119-123), weshalb Brauns Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, -umverteilung und -umbewertung auch nicht reduziert werden sollte auf »Keine Arbeitszeitverkürzung ohne Umverteilung ohne Umbewertung der Arbeit!«. Ihre acht Ziele bzw. Kriterien dienen der Bewertung der verschiedenen Arbeitsformen, der »vielfältigen Alternativen zur Erwerbsarbeit« wie »Ersatzarbeitsmärkte«, »Arbeiten in selbstverwalteten Betrieben, in Kommunen, in Projekten«, »Subsistenzarbeit«, »Eigenarbeit wie Reproduktionsarbeit«, »Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung von Arbeit« (S. 159). Hier »kombinieren sich Auflösungserscheinungen tradierter Strukturen, Selbsthilfe aus und Hilfe in der Not, aber auch Prozesse, die über die patriarchal organisierte Erwerbsarbeit potentiell oder real hinausweisen« (S. 159). Alternative würden sie jedoch tatsächlich erst, wird »Arbeit umbewertet«, »mit der tradierten gesellschaftlichen Arbeitsteilung gebrochen« (S. 159-160). Eine »weiterentwickelte soziale Grundsicherung,

bei der jede/r gegen Leistung ihres/seines Anteils an der notwendigen Reproduktion Anspruch auf Existenzsicherung hat« (S. 160), könnte Motivation für dazu notwendige Kämpfe sein. Doch was ist mit denen, die nicht arbeiten können? So richtig die Position vom »... Menschenrecht auf eigenständige Existenzsicherung für alle durch Teilnahme an der notwendigen Reproduktionsarbeit« (S. 162) ist, so wichtig ist das Eintreten für ein Einkommen, das jedem Menschen ein Leben in Würde ermöglicht.

JUDITH DELLHEIM

**Cora Stephan:**  
**Das Handwerk des Krieges,**  
 Rowohlt Berlin Verlag Berlin  
 1998, 317 S. (38,00 DM)

Die Autorin auf den Zinnen einer mittelalterlichen Burg oder mit Sonnenschirm in der offenen Kutsche mit einem verlangenden Blick auf die in der Schlacht verknäulten, zuckenden, schlagenden Männerleiber. Bereit, ein Seidentuch als Preis für den Stärksten und Mutigsten mit unnachahmlicher Geste in den Staub gleiten zu lassen und sich nach der Schlacht dem Sieger hinzugeben ... Irgendwie drängen sich diese Bilder auf. Denn über lange Strecken liest sich dieses Buch wie eine mystifizierende, ja glorifizierende Darstellung der Kriege seit dem Altertum zumindest bis zum Ersten Weltkrieg. Sie werden als normaler Alltag von griechischen Bürgern und fränkischen Adligen vorgeführt, als hoch ethische und ästhetische Vorgänge. Nach Cora Stephan gehört »Krieg ...«, wie die Religion, zu den menschlichen Universalien« (S. 247).

Die Autorin dichtet der Kameradschaft der Kämpfenden, ja der Liebe der Männer in der attischen Phalanx oder in den Schützengraben vor Verdun ein Hohelied. Sie schwärmt von ritterlichen Zweikämpfen antiker und mittelalterlicher Zeiten, von Kabinettskriegen des 17. und 18. Jahrhunderts. Denn »in seiner zivilisierten Version lenkt ›Krieg‹ die den Gesellschaften inhärente Kraft auf sich und kanalisiert sie, indem er ihr eine Form gibt – die Formalisierung von Konflikt und Leidenschaften in den sogenannten Kabinettskrieg

... machte Krieg zeitweise zu einer weitgehend unblutigen Veranstaltung. Wenn wir Glück haben, ist Krieg gezähmte Leidenschaft.« (S. 248) Zu so viel Glück kein Kommentar.

Stephan gehört zu dieser intellektuellen Spezies, die eine »heile« Welt des regelhaften Tötens entwickelt. Ihre Sorge ist klar: Die Bundesrepublik muß sich ihrer neuen Rolle zum Krieg stellen. Die »hysterische Angst« vor einem dritten Weltkrieg, der auch Deutschland von der Landkarte hätte tilgen können, wie sie zu Zeiten der Friedensbewegung in den achtziger Jahren, aber auch noch im Golfkrieg deutsches Trachten bestimmte, müsse überwunden werden. »Soll die Bundesrepublik, wie es von ihren Partnern gewünscht wird, außenpolitisch eine gewichtigere Rolle spielen, also auch bei einer womöglich gewaltsamen Sicherung der außenpolitischen Balance in Europa, dann ist die Vergewisserung über die zivilisatorischen Normen, die auch für den Extremfall Krieg gelten, von größter Bedeutung.« (S. 255) Diese für sie noch unbefriedigenden Normen macht Cora Stephan vor allem an der in Deutschland aus der Erfahrung gerade des Zweiten Weltkriegs bestimmenden Einsicht fest, daß Krieg letztlich immer ein Verbrechen ist. Für sie sind Soldaten nicht mit Mördern gleichzusetzen. Natürlich ist ihr Hinweis auf die besondere Rolle von Kriegsverbrechen berechtigt, aber der Trick ihrer Argumentation besteht eben darin, ein recht unschuldiges Bild des Kriegs zu entwickeln.

Was vielleicht in grauer Vorzeit tatsächlich noch irgendwie Form der Konfliktaustragung sein konnte, das hat mit der Entwicklung der Produktiv- und Destruktivkräfte spätestens seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert eine Dimension angenommen, die Millionenheere aufeinanderprallen ließ und alsbald auch Millionen Kriegsoffer auf dem Schlachtfeld und im Hinterland zurückließ. Perfide (und verfälschend) sind Rechnungen, nach denen zivile Katastrophen viel verheerender seien. So stellt sie die Toten des Ersten Weltkriegs denen der Spanischen Grippe von 1919 gegenüber. Sie »vergibt« dabei nur: Seuchen fanden in Kriegswirren ihren idealen Nährboden! So gerechnet, würde auch der Zweite Weltkrieg zum »freundlichen« Gemetzel,

wenn die Folgeopfer in Vernichtungs- und Gefangenenlager, in Bombenkellern und der nuklearen Hölle von Hiroshima herausgerechnet würden. Heute nun trennen diese wunderbaren Rechner penibel militärische Verluste von »Kollateralschäden«.

Recht ist der Autorin natürlich zu geben, wenn sie auf den Platz des Kriegs und der gewaltsamen Auseinandersetzung in der Geschichte hinweist. Gerade auch ihre Erinnerung daran, daß die Linken nicht von Hause aus pazifistisch eingestellt waren, sollte Anlaß zu genauerem Nachfragen sein. Linke müssen schon nach den Kriegsgründen und Alternativen zu fragen bereit sein, müssen über verteidigungswerte Werte sprechen und bei aller Ablehnung des Krieges nicht selbst wehrlos und wehrunfähig werden.

Was Stephan aber ausklammert, ist zweierlei: Profit- und Machtgier wird von ihr kaum hinterfragt, zu schnell ist sie bereit, die ihr schon bewußten Manipulationsmechanismen zu akzeptieren. So verzichtet sie immer wieder darauf, nach den Beweggründen für Kriege zu fragen. Zum anderen begreift sie nicht die qualitative Veränderung des Krieges, die sich in den letzten zweihundert Jahren vollzogen haben. Augenscheinlich ist sie der Auffassung, daß mit dem Ende der Systemkonfrontation der konventionelle Krieg mit seinen Möglichkeiten wieder in sein Recht einzusetzen sei, er wieder zu einem gestaltbaren, sinnvollen, rationalen Element der Politik werden könne. Insofern ist sie erfolgreiche geistige Wegbereiterin des ersten NATO-Krieges und der ersten deutschen Kriegsbeteiligung seit 1945.

Konzepte eines High-Tech-Kriegs, wie er teilweise in Jugoslawien durch die NATO praktiziert wurde (keine eigenen Toten, der Einsatz von »sauberen« Bomben wie den Graphitbomben gegen die Energieversorgung, der relativ unblutige Kampf um Information und Kommunikation), lassen scheinbar relativ unblutige Kriege möglich werden, von denen Stephan träumt. Nur übersieht sie, daß die Mehrzahl der Kriege blutige Bürgerkriege und Kriege niederer, aber andauernder Intensität sind, in denen Greuel zur Tagesordnung gehören. Und sie übersieht, daß die scheinbar so »sauberen« Kriege der NATO-Strategen bei genauerem Hinsehen ebenso blutig wie in

ihrem politischen Effekt letztlich wirkungslos sind. Die Beseitigung Husseins oder Milošević ist in beiden Musterbeispielen neuer westlicher Kriegsführung um vermeintlich höhere Werte und Menschenrechte ebenso gescheitert, wie Menschen- und Völkerrecht auf der Strecke bleiben. Überhaupt ist die Denkweise der Autorin fatal, wenn sie über die Besonderheiten der Kriegsführung von Demokratien reflektiert. Berechtigt erkennt sie zwar, daß diese sich nicht so leicht in ein Kriegsabenteuer stürzen lassen würden (was allerdings zu hinterfragen wäre – so die Geschichte des Vietnamkriegs), noch ihn bei auftretenden Problemen unbegrenzt durchhalten. Sie sieht aber auch die besondere Härte der Demokratien bei der Durchsetzung ihrer moralischen Ansprüche. Über Machtinteressen denkt sie weniger nach.

Vielleicht ist es auch in den Zusammenhang der Kompliziertheit von Kriegen durch demokratisch verfaßte Staaten zu stellen, wenn die Autorin so vehement für eine Berufssarmee eintritt – natürlich nicht als Staat im Staate –, aber eben als ein von Demokratie und Mitgefühl weniger berührtes Instrumentarium.

Die Botschaft, daß ein wohladosierter, eingehogter Krieg künftig wieder ein Konfliktlösungsmittel sein könnte, ist fatal und gefährlich. Moderne Kriegs zaubern nicht Massenvernichtungsmittel wieder zurück in die Büchse der Pandora. Sie bleiben ein alles vernichtendes Damoklesschwert, das über den Kriegsparteien und über der Menschheit schwebt. Allein die Folgen eines Krieges in einem halbwegs industrialisierten Gebiet – auch wenn das post bellum gerne tot geschwiegen wird – sind verheerend. Die brennenden kuwaitischen Ölquellen und jugoslawischen Chemiefabriken stellen Umweltkatastrophen mit Langzeitwirkung dar. Die »neuen« Kriege von USA und NATO haben zudem direkt und indirekt genügend Leid hinterlassen. Und Bürgerkriege und Konflikte in der Dritten Welt – an denen westliche Rüstungsfirmen und Staaten gut verdienen – halten sich sowieso nicht an Regeln.

Militärische Verteidigung wird sicher noch für Zeiten erforderlich sein. Sie aus der nationalen Verantwortung herauszunehmen und die Schwelle für den Einsatz militärischer Gewalt möglichst anzuheben und möglichst

durch konsensuale Entscheidungen zu regulieren, bleibt Aufgabe. Darüber und über vorbeugende Konfliktverhütung sollte nachgedacht werden. Intellektuelle Kriegsbrandstifter sollten sich möglichst schnell einen Frontabschnitt suchen, den Stahlhelm überstülpen und jene Kämpfe allein ausfechten, in die sie die Menschen unter welcher Überschrift auch immer hineinjagen wollen.

STEFAN BOLLINGER

Jens Samuel:  
Ein Bombenwochenende,  
Spotless-Verlag Berlin 1999,  
92 S. (9,90 DM)

»Wenn Krieg, dann 18.00 Gedächtniskirche«. So steht es in meinem Terminkalender über den 24. und 25. März 1999 in rot geschrieben. Und, später nachgetragen und deshalb in grün: »we are at war«.

Über das Wochenende danach, das erste, an dem der Krieg in Jugoslawien tobte, hat Jens Samuel ein Büchlein herausgegeben. Auf gut 90 Seiten tut er nichts anderes, als Zeitungsmeldungen und Reden aneinanderzureihen und mit seinen Kommentaren zu verbinden. Dies hinterläßt einen Eindruck von der, jetzt über ein halbes Jahr entfernten, Anspannung und den Gefühlen, die damals herrschten. Allerdings beschränkt sich der Blick auf die Opposition zum Krieg. Vorwiegend wird aus der *junge Welt* und dem *Neues Deutschland* zitiert. Dies als Manko wahrzunehmen ist vielleicht insoweit falsch, als daß viele Kriegsgegner und -gegnerinnen damals kaum über diese Lektüre hinaus etwas lasen.

Das Buch ist ein kleiner Pressespiegel. Die Reden von Ströbele und Gysi, die Äußerungen von Künstlern in *junge Welt* und ein Interview der Initiatorin von »Mütter gegen den Krieg« werden wiedergegeben. Schlechter wird das Buch in der zweiten Hälfte, wo der Autor sich verstärkt selber äußert. Seine verständlicherweise haßgeladenen Kommentare driften ins rein Polemische ab.

Dieses Büchlein ist eine Erinnerung für die, die sich damals getroffen fühlten und engagierten. Neues zumindest bringt es nicht.

CHAZE